

Interne Handreichung zum Umgang mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung

1. Was sind Politische Stiftungen?	2
2. Was steckt hinter der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung?	2
3. Was sind bildungspolitische Ziele der DES?	3
4. Wo liegen die Verbindungen zwischen der Neuen Rechten und der DES?	4
5. Was ist an der DES problematisch?	5
6. FAQ für Jugendverbände zum Umgang mit der DES	7

Liebe Verantwortliche in den Jugendverbänden,

2017 zog die Alternative für Deutschland erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Seit diesem Zeitpunkt deutete sich an, dass mit einem erneuten Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ihrer parteinahen Stiftung, der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) staatliche Finanzierungen zustehen könnten. Die AfD bildet nun seit der Bundestagswahl im September 2021 ein zweites Mal in Folge eine Fraktion im Deutschen Bundestag, sodass neben den politischen Stiftungen, die der SPD, der CDU, den Grünen, der FDP, der CSU und der Linken nahestehen, auch die parteinahe Stiftung der AfD Anspruch auf eine Förderung ihrer Arbeit bereits aus dem Bundeshaushalt 2022 erheben dürfte. Jedoch ist eine Förderung der DES im durch das Bundeskabinett beschlossenen Entwurf für den Bundeshaushalt ausdrücklich nicht vorgesehen. Stattdessen sind beispielsweise im Einzelplan 06 des Bundesinnenministeriums die bisher geförderten Stiftungen namentlich aufgeführt, während die DES fehlt. Somit ist im Bundeshaushalt 2022 bisher keine ausdrückliche oder implizite Zuwendung für die AfD-nahe Stiftung vorgesehen und auch für die Folgejahre nach bisherigem Stand offenbar nicht beabsichtigt. Dagegen könnte die AfD allerdings Klage erheben, was vermutlich zu einem mehrjährigen Rechtsstreit führen würde.

Trotz dieser (vorläufigen) Entwarnung haben wir uns entschlossen, diese Handreichung bereits zum jetzigen Zeitpunkt in den Mitgliedsverbänden des IDA intern zu streuen. Damit kommen wir zum einen der Bitte unserer Mitgliedsverbände auf der letzten Delegiertenversammlung nach. Zum anderen verstehen wir sie als eine Art Frühwarnsystem, sollte sich die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung auch ohne Mittel aus dem Bundeshaushalt bereits an Jugendverbände oder ihre Repräsentant:innen wenden oder sollte sich die rechtliche oder politische

Bewertung gegenüber der Darstellung oben noch verändern. Letzteres ist nicht völlig ausgeschlossen, da die AfD bereits Klage gegen den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und das Bundesinnenministerium erhoben hat, um die rund sechs Millionen Euro einzufordern, die ihr nach ihrer Auffassung aus dem Bundeshaushalt zustehen, ggf. auch im Zuge einer einstweiligen Verfügung. Bei der Klage handelt es sich um einen Folgeantrag in einem bereits anhängigen Organstreitverfahren, mit dem die Stiftung unter dem Vorsitz von Erika Steinbach ihren Anspruch auf eine Zuwendung aus dem Bundeshaushalt durchsetzen will. Der Schriftsatz findet sich unter <https://fragdenstaat.de/dokumente/149798-bundesverfassungsgericht/>.

Wir haben diese Handreichung mit Absicht nicht online gestellt und möchten euch bitten sie lediglich per E-Mail oder als Kopie an Verantwortliche in euren Verbänden weiterzuleiten. Jugendverbände und Jugendringe gehören zu den Zielscheiben für Angriffe der AfD, sie sind Gegenstand von parlamentarischen Anfragen und Anträgen, werden in Parlamentsreden mit wildesten Begriffen und Unterstellungen belegt. Daraus resultiert das gemeinsame Interesse Strategien zum Umgang mit der AfD und der ihr nahestehenden Stiftung nicht öffentlich zu verbreiten.

Teile dieser Handreichung finden sich jedoch öffentlich zugänglich auf der Website www.idaev.de unter „Informationen zur der AfD nahestehenden politischen Stiftung: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung“.

Ansgar Drücker
(Geschäftsführer IDA e. V.)

■ 1. Was sind politische Stiftungen?

Als parteinahe oder politische Stiftungen (beide Bezeichnungen werden in diesem Text synonym verwendet) werden bisher

- die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung,
- die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung,
- die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung,
- die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung
- die CSU- nahe Hanns-Seidel-Stiftung und
- die Linken-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung,

gefördert. Diese Stiftungen stehen dauerhaft im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahe. Dennoch sind die politischen Stiftungen sowohl rechtmäßig als auch formal von den jeweiligen Parteien unabhängig. Was die Stiftungen mit der Parteipolitik verbindet, ist vor allem die inhaltliche Ausrichtung, die politische Überzeugung und die personelle Besetzung wichtiger Funktionen in den Stiftungen mit Parteimitgliedern. Die parteipolitischen Ausrichtungen zeigen sich auch in der Ausgestaltung der unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche der Stiftungen. Diese erstrecken sich vor allem auf die politische Bildungsarbeit, die Förderung der Studien- und Forschungslandschaft sowie den Ausbau und die Stärkung des zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements sowohl im In- als auch im Ausland.

Das übergeordnete Ziel und gleichzeitig der Förderzweck der Politischen Stiftungen ist die Vermittlung politischer Bildung zum Zweck der Förderung des demokratischen Bewusstseins und des politischen Engagements der Bürger:innen. Zur Umsetzung dieser Ziele veranstalten die Stiftungen Workshops und Vorträge, publizieren Zeitschriften und Broschüren, sponsern Studien und wissenschaftliche Projekte und vergeben Stipendien an Student:innen und Nachwuchswissenschaftler:innen.

■ 2. Was steckt hinter der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung?

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) wurde durch einen Beschluss des AfD-Parteitags am 30. Juni 2018 in Augsburg als parteinahe Stiftung der AfD ausgewählt und ist somit die jüngste der parteinahen Stiftungen, die nach eigener Ansicht Anspruch auf Mittel aus dem Bundeshaushalt hat. Sie greift inhaltliche Themenfelder im Sinne der politischen Programmatik der AfD auf und gibt diese als demokratisch-politische Bildungsarbeit aus. Denn als der AfD nahestehende Stiftung verpflichtet sich auch die DES dazu, eine politische Bildungsarbeit zu betreiben, die sich an den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientiert. Als politische Stiftung stehen der DES nach eigener Auffassung ebenso wie den anderen politischen Stiftungen staatliche Mittel der Bundesministerien des Innern und für Heimat, des Äußeren, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Bildung und Forschung zu. Auf dieser Basis sind alle parteinahen Stiftungen und somit zukünftig ggf. auch die DES dazu verpflichtet eine demokratiefördernde politische Bildungsarbeit zu betreiben. Die AfD ist allerdings bekannt dafür, dass sie sich mit ihrer völkisch-nationalistischen, rechtspopulistischen und extrem rechten Parteipolitik an der Grenze der Demokratie und der Grundrechte bewegt.

Das politische Selbstverständnis der AfD drückt sich auch in den Strukturen, Arbeits- und Tätigkeitsbereichen der DES aus. So handelt es sich auch bei den Vorstands- und Kuratoriumsmitgliedern der Stiftung hauptsächlich um AfD-Funktionär:innen und Personen, die sich mit der Parteipolitik der AfD identifizieren. Hinzu kommt, dass die DES als politische Stiftung maßgeblich dazu beitragen will, dass sich die politische Ideologie der AfD in der Bildungsarbeit, der Studien- und Forschungslandschaft etabliert und dadurch antidemokratische Inhalte der AfD eine intellektuelle und (pseudo-)wissenschaftliche Fassade erhalten.

Wiederholt wurde zwar auch schon im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 problematisiert, dass die DES als parteinahe Stiftung staatliche Mittel beanspruchen könnte. Dennoch wurde keine gesetzliche Vorsorge getroffen, um dies zu verhindern. Die AfD argumentiert daher mit einem Rechtsanspruch auf erhebliche finanzielle Mittel, die die Ideologieproduktion der Partei stärken können und zur Ausbildung und Qualifizierung von AfD-Personal in erheblichem Umfang beitragen können.

Daher stellt sich die drängende Frage, was die bildungspolitischen Ziele der DES sind und ob sich diese an den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientieren.

■ 3. Was sind die bildungspolitischen Ziele der DES?

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung präsentiert sich auf ihrer Website als eine Stiftung, die einer demokratiefördernden politischen Bildungsarbeit nachgeht. Seminare, Vorträge und Publikationen der DES würden angeblich die demokratische und staatsbürgerliche Bildung fördern und so zur Mitgestaltung eines demokratischen Staatswesens beitragen. Damit erweckt sie zunächst nicht den Eindruck, dass sie verfassungsfeindliche Positionen vertritt. Sobald allerdings das Netzwerk und die Strukturen der DES durchleuchtet werden, lassen sich zahlreiche Verbindungen zur Neuen Rechten feststellen¹.

Zunächst heißt es an mehreren Stellen auf der Website, dass die Stiftung die nationale Identität fördern und bewahren möchte. Hierbei handelt es sich offensichtlich um das zentrale Anliegen der Stiftung. Auch Erika Steinbach, die Vorsitzende der DES, greift das Thema der kulturellen Identität Deutschlands in einer Rede auf dem oben genannten AfD-Parteitag 2018 auf. Laut Steinbach betreibe Deutschland eine intellektuelle Selbstverachtung und müsse sich vom deutschen Selbstwertdefekt heilen.² Steinbach wirbt dafür, dass die DES dazu beitragen solle, die nationale Identität Deutschlands wiederherzustellen und sie zu stärken. Dasselbe politische Ziel kann auch dem Grundsatzprogramm der AfD entnommen werden, indem es heißt:

„Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (Quelle: <https://www.stiftungstrickder-afd.com/ideologie-der-stiftung/>)

Eine positive deutsche Identität soll herausgebildet werden, indem die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands verharmlost wird. Derartige bildungspolitische Ziele tragen dazu bei, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert und dethematisiert werden. Derartige den Holocaust relativierenden oder gar leugnenden Positionen bilden allerdings keine Ausnahme innerhalb der AfD-nahen Stiftung. Vielmehr werden sie immer wieder im Zusammenhang mit der sogenannten historisch-kulturellen Identität Deutschlands in bildungspolitischen Angeboten, die von Vorträgen, Workshops bis hin zu einer eigenen Stiftungszeitschrift reichen, aufgegriffen. Beispielsweise heißt es in der dritten Ausgabe³ der stiftungseigenen Zeitschrift namens Faktum, dass

„Deutschland ein Land mit großer Vergangenheit und einer facettenreichen Geschichte [ist]. Einer Geschichte mit sehr viel Licht, naturgemäß aber auch Schatten. Ein Land mit blühender Kulturtradition, aus dem großartige Künstler, Wissenschaftler und Baumeister hervorgegangen sind. Es ist kurzfristig und unhistorisch, seine Geschichte auf die Katastrophenjahre und unsere Nachkriegsgeschichte zu verengen.“ (Erika Steinbach 2021, S. 2, Quelle: <https://erasmus-stiftung.de/media-thek-2/publikationen/>)

Auf diese Weise wird ein Nährboden für antisemitische Positionen innerhalb der Stiftung geschaffen, wie er typisch für die politische Rechte ist. Neben antisemitischen Äußerungen werden auch die Vorstellungen von Volk, Nation und Einheit ohne die Bereitschaft, diese im Zusammenhang mit der natio-

¹ Semsrott, A.; Jakubowski, M. (2021): Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung. Online unter https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP51_DES_Bildung_von_rechtsausen.pdf.

² Rede von Erika Steinbach, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=ObuS88wmNJ>.

³ „150. Gründungstag des Deutschen Reiches“ ist das Thema der dritten Ausgabe der Zeitschrift Faktum.

nalsozialistischen Vergangenheit kritisch zu reflektieren, übernommen. Allerdings agiert die DES als bildungspolitische Stiftung nicht mit den traditionellen Mitteln der rechten Szene, da ein gewaltbereites oder gar militantes Auftreten, das vor allem für die Alten Rechten⁴ typisch ist, bewusst vermieden wird. Stattdessen zeigt die DES deutliche Parallelen zur Neuen Rechten auf.

■ 4. Wo liegen die Verbindungen zwischen der Neuen Rechten und der DES?

Laut dem Politologen und Soziologen Armin Pfahl-Taughber handelt es sich bei den Neuen Rechten um eine rechtsextreme Intellektuellengruppe. Ihr politisches Engagement zielt darauf ab nicht auf Anhub als faschistisch und rechtsextrem erkennbar zu sein, sondern mit gemäßigten Mitteln, wie politischer Bildungsarbeit, Wissensvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit, rechtsextreme Positionen in der Gesellschaft anschlussfähig zu machen. Die zentrale Strategie der Neuen Rechten ist also der Kampf um die Köpfe, auch Metapolitik genannt. Es geht ihr dabei um eine gezielte Einflussnahme auf kulturelle und intellektuelle Bereiche, um auf diese Weise einen Großteil der Gesellschaft erreichen und eine neue rechte Hegemonie⁵ etablieren zu können.

Die politische Bildungsarbeit der DES in Form von Workshops, Vorträgen, Seminaren, Publikationen und der Förderung von Forschungsvorhaben wird vermutlich deutliche Parallelen zum strategischen Vorgehen der Neuen Rechten aufweisen. Denn die DES zielt schon jetzt mit ihren bildungspolitischen Formaten darauf ab, die völkisch-nationalistische und rechtspopulistische Parteipolitik der AfD in den intellektuellen und akademischen Diskurs einzubinden. Je mehr völkisch-nationalistische Thesen im intellektuellen Diskurs Fuß fassen, desto stärker rückt auch der gesamtgesellschaftliche Diskurs, ganz im Sinne der Neuen Rechten, nach rechts, so die Strategie. Rechte Theorien und Positionen sind dann nicht mehr nur am rechten Rand der Gesellschaft anzutreffen, sondern in der Mitte der Gesellschaft.

Den politischen Wandel, den die Neuen Rechte mittels dieser Metapolitik anstrebt, orientiert sich ideologisch an der Konservativen Revolution⁶. Die Begriffsgeschichte der Konservativen Revolution reicht bis zur Zeit der Weimarer Republik zurück. Während dieser Zeit wollten Junge Konservative den bestehenden demokratischen Verfassungsstaat der Weimarer Republik überwinden, um die verflüchtigten Werte- und Grundüberzeugungen von Führung, Nation, Natur, Rasse und Volksgemeinschaft in der Gesellschaft zu reaktivieren. Die Konservative Revolution stellt also eine geistig-politische Bewegung dar, die sich gegen eine liberaldemokratische und für eine autoritäre Staatsform einsetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg greift der Schweizer Publizist Armin Mohler die Ideen der Jungen Konservativen wieder auf und behauptet, dass die konservative Geistestradiation der Weimarer Republik den Nationalsozialismus überwunden habe und daher nicht in Verbindung mit dem Nationalsozialismus zu bringen sei. Konservative Strömungen, die von Demokratieverachtung, Antisemitismus und Rassismus gekennzeichnet sind und deutliche Parallelen zum Nationalsozialismus aufzeigen, wollte Mohler auf diese Weise von den nationalsozialistischen Verbrechen loslösen. Dass sich heute auch die Neuen Rechten auf die Konservative Revolution berufen, hängt damit zusammen, dass sie auf diese Weise jegliche Vorwürfe von völkisch-nationalsozialistischen Bezügen versuchen von sich zu weisen. Dennoch werden in der Tradition der Konservativen Revolution stehend auch bei den Neuen Rechten Werte wie Gleichwertigkeit, Individualität und Menschenrechte abgelehnt.

⁴Zu den Alten Rechten werden die NPD, aber auch andere rechte Gruppierungen gezählt, die nach wie vor an den vom Nationalsozialismus vermittelten Konzepten (z.B. der deutsch-arischen Überlegenheit) festhalten. (Quelle: <https://www.kulturrat.de/themen/texte-zur-kulturpolitik/alte-und-neue-rechte/?print=pdf>)

⁵Die Definition von Hegemonie ist hier zu finden <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17607/hegemonie/>

⁶Die Konservative Revolution besteht aus vielen Strömungen. An dieser Stelle werden lediglich die zentralen Aspekte der Strömungen zusammengefasst wiedergegeben.

Wichtig zu betonen ist auch, dass Akteur:innen der Neuen Rechten im direkten Bezug zur DES stehen. Karlheinz Weißmann ist Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik, eines der zentralen Thinktanks der Neuen Rechten, und zugleich Vorsitzender des Kuratoriums der DES. Dabei stellt Weißmann nicht die einzige Verbindungslinie zwischen der Neuen Rechten und der DES dar. So haben einige DES-Akteur:innen nachweislich in Burschenschaften, wie der Burschenschaft Danubia München, Vorträge gehalten. Bei der Burschenschaft Danubia handelt es sich um eine völkisch-nationalistisch und neurechts ausgerichtete Studentenverbindung. Ein weiteres Beispiel ist die Bibliothek des Konservatismus in Berlin-Charlottenburg, die als zentraler Treffpunkt der Neuen Rechten gilt. Neben einigen DES-Kuratoriumsmitgliedern referierte auch die Vorstandsvorsitzende der DES Erika Steinbach in den Räumlichkeiten der neurechten Bibliothek. Mehr zu lesen über die Verbindungen zwischen den Neuen Rechten und der DES gibt es in einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung unter https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP51_DES-Bildung_von_rechtsausen.pdf.

■ 5. Was ist an der DES problematisch?

Nahezu alle DES-Akteur:innen nehmen auf den neurechten Theoretiker Henning Eichberg und seine Überlegungen zum Ethnopluralismus Bezug. Die ethnopluralistische These besagt, dass alle Menschen ihrer kulturellen Identität zufolge in Völker zu unterscheiden sind. Auch wenn beim Ethnopluralismus das Wort Rasse bewusst vermieden und durch Begriffe wie Volk, Nation, Ethnie oder Kultur ersetzt wird, stellt er eine Form des Rassismus dar. Die Unterschiedlichkeit von Menschen wird nämlich entlang quasibiologischer Argumentationen begründet, indem angenommen wird, dass die Kultur, Nation o.Ä. in der Wesensart der Menschen verankert sei. Ethnopluralistische Thesen unterscheiden Menschen also aufgrund ihrer Kultur und stellen dabei die Gleichheit der Menschen massiv infrage. Mehr noch heißt es, dass das Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturen bzw. Völker innerhalb einer Gesellschaft zu unüberwindbaren Konflikten führe, die schließlich den Zusammenbruch des Staates bewirken würden. Aus einer ethnopluralistischen Sicht gilt es daher eine sogenannte Kulturvermischung zu verhindern. Gefordert wird also, dass sogenannte Kulturfremde in ihre Staatsgebiete zurückkehren und dort leben sollen. Eine solche ethnopluralistische Ideologie mündet unweigerlich in eine „Ausländer raus!“-Mentalität, die dem gesellschaftlichen Pluralismus feindselig gegenübersteht und auch eingebürgerte und im Land geborene Menschen umfasst. Neue Rechte und ethnopluralistische Vertreter:innen thematisieren Migration als das zentrale Problem der Gegenwart, indem sie behaupten, dass jegliche Migrationsbewegungen nach Deutschland zu einem zum Scheitern verurteilten und gefährlichen Kulturpluralismus führen würden. Solche ethnopluralistischen und neurechten Positionen sind auch in der DES-Zeitschrift Faktum wiederzufinden:

„Abweichende Meinungen zum politisch korrekten, vom Phantom des Multikulturalismus berauschten Regierungskurs werden im Zuge diskursiver Säuberungsaktionen sozial wegzensiert: Wer etwa der Auffassung ist, dass Berlin nicht zu Bagdad werden sollte, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, eine Art lokalpatriotischer Krypto-Neonazi zu sein. Sozusagen ein „besorgter Bürger“. Mit diesem Begriff macht sich der Linke vor allem über Leute lustig, die etwa ihre Sorge vor den negativen Folgen einer Masseneinwanderung von jungen Männern aus den gefährlichsten Ländern der Erde artikulieren“ (vgl. Meuthen 2020, S. 10f.).

„„Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster‘ wie zum Beispiel: ‚Homo-Lobby‘, ‚Asylantenflut‘, ‚Das Boot ist voll‘, ‚Ausländer raus‘ oder ‚drohende Islamisierung‘. ‚Ausländer raus‘ ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muss, ist eine andere Frage. Zu ‚drohende Islamisierung‘ folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minaret?“ (vgl. Jongen 2020, S. 26).

Der Ethnopluralismus zeigt sich innerhalb der AfD und der DES vor allem anhand von islamfeindlichen und antimuslimischen Äußerungen, die häufig im Zusammenhang mit Migration und Asyl gebracht werden. Insbesondere muslimisch gelesene Geflüchtete werden dabei kriminalisiert, abge-

wertet und innerhalb der deutschen Gesellschaft als deplatziert dargestellt. Im Zuge solcher kultur-rassistischer Stereotypisierungen von Muslim:innen und solchen, die als muslimisch wahrgenommen werden, wird seitens der AfD und ihrer Stiftung der gesellschaftliche Ausschluss dieser Menschen aus der Gesellschaft gefordert.

Eine weitere neurechte Position, die vermehrt innerhalb der AfD und der DES anzutreffen ist, ist der Antiliberalismus. Liberalismus steht für die individuelle Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder. Neuen Rechten zufolge gefährde der Liberalismus und die darin zutage tretende individuelle Freiheit das deutsche Selbstverständnis als völkische Einheit. Der Antiliberalismus als politische Überzeugung räumt den Mitgliedern einer Gesellschaft keine universellen Menschenrechte ein, sondern verlangt vielmehr, dass diese durch ein kollektives Menschenrecht des Volkes zu ersetzen sind. Statt der Achtung des Individuums und der freien Persönlichkeitsentfaltung wird die Einheit der völkischen Identität verherrlicht. Demokratische Werte, wie die Freiheit und Gleichwertigkeit der Menschen geraten so aus dem Blick und führen auch innerhalb der DES zu einer antidemokratischen Gesinnung. Die antiliberalen und -demokratischen Tendenzen innerhalb der DES zeigen sich beispielsweise im Falle der Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit. Die AfD ebenso wie ihre politische Stiftung diffamieren Menschen, die eine homosexuelle Orientierung haben oder ihre Geschlechtsidentität weder über das Mann- noch Frau-Sein klar definieren oder sich als trans Personen definieren. So sind im Kuratorium der DES zahlreiche Wissenschaftler:innen mit homo- und queerfeindlichen Positionen vertreten. Ein besonders prominentes Beispiel dafür ist der Evolutionsbiologe und ehemalige Hochschullehrer Ulrich Kutschera. In der Vergangenheit ist Kutschera mehrfach aufgrund seiner pseudowissenschaftlichen, homo- und transfeindlichen Aussagen in die Kritik geraten. Besonders umstritten ist, dass Kutschera Homosexuellen eine grundlegende Neigung zur Pädophilie nachsagt⁷ und das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare für ihn einer „staatlich geförderten Pädophilie“ entspricht. Kutschera, der Kuratoriumsmitglied der DES ist, spricht sich entlang dieser Argumentation gegen die Ehe für Alle aus, ebenso wie die Vorstandsvorsitzende Erika Steinbach⁸. Die rechtliche Gleichstellung homosexueller Ehepaare wird im Parteiprogramm der AfD grundsätzlich abgelehnt⁹. Dagegen setzt sich die AfD für ein heteronormatives Familienmodell von Vater, Mutter und Kind ein, verankert dieses als Leitbild in ihrem parteipolitischen Programm und weist damit die längst existierende Vielfalt von Familienmodellen und -konstellationen zurück.

Die antiliberalen Gesinnung der AfD und ihrer parteinahen Stiftung zeigt sich ebenso in Bezug auf Geschlechter- und Genderthemen. Pluralistische und egalitäre Geschlechterrollen werden mit der Argumentation vermeintlich naturgegebener Unterschiede zwischen Frauen und Männern zurückgewiesen. Diese Sichtweise spiegelt sich insbesondere in der Familienpolitik der AfD wider, die eine reproduktive Beziehung zwischen Frauen und Männern befürwortet, um so das Fortbestehen des deutschen Volkes sicherstellen zu können. Hinzu kommt, dass historisch und kulturell bedingte Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern von der AfD als gegeben angesehen werden und daher die Notwendigkeit einer Frauen- und Gleichstellungspolitik abgestritten und die Abschaffung von Gender-Professuren an Universitäten sowie von Gleichstellungsbeauftragten in sozialen Einrichtungen, Behörden und Unternehmen gefordert wird. Die Ablehnung von Genderthemen zeigt sich auch bei der DES, wenn es heißt:

„Wenden wir uns stattdessen der Frage zu, was die Konsequenz dieser Machtübernahme von „Schneeflocken“ und „Gefälligkeitswissenschaftlern“ an den Universitäten ist. Nun zuerst einmal ist auf die Phantomthemen hinzuweisen, die uns gefangen halten, wie Diversity oder Gender. Das

⁷ <https://www.hessenschau.de/panorama/prozess-wegen-homophober-aussagen-kasseler-professor-freigesprochen,kasseler-biologieprofessor-urteil-100.html>

⁸ <https://www.stiftungstrick-der-afd.com/die-erasmus-stiftung/>

⁹ <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/homosexualitaet/265197/homophobie>

meiste, was uns in dem Zusammenhang von scheinbaren Wissenschaftsautoritäten geboten wird, ist Bullshit“ (Bolz 2019, S. 17).

■ 6. FAQ für Jugendverbände zum Umgang mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung

Wie reagieren wir als Jugendverband auf ein Kooperationsangebot der DES?

Vielleicht kann es auf den ersten Blick bei dem einen oder anderen Träger sogar so erscheinen, als seien in einzelnen Themenfeldern kleine Schnittmengen zwischen der DES und der eigenen Organisation vorhanden. Gerade in Anbetracht dessen, dass sich die DES auf ihrer Website als demokratiefördernde Bildungseinrichtung, die das politische Engagement der Bürger:innen stärken soll, darstellt, kann dieser Eindruck entstehen. Tatsächlich verbirgt sich hinter der demokratischen Fassade der DES eine völkisch-nationalistische Grundeinstellung, die vor verfassungsfeindlichen Positionen nicht Halt macht. Die Grundeinstellung der DES, bestehend aus antisemitischen, antipluralistischen und antiliberalen Überzeugungen, steht im Konflikt zu den Werten der Jugendverbände. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit erfordert jedoch einen Grundkonsens zwischen beiden Kooperationspartnern. Hierbei ist es nicht ausreichend in einzelnen Punkten eine Meinung zu teilen.

Einer Anfrage der DES sollte daher entgegnet werden, dass eine erfolgreiche Kooperation nur auf Basis eines gemeinsamen Demokratieverständnisses funktionieren kann. Dabei kann es sinnvoll sein auf die bildungspolitischen Inhalte und Ziele der DES zu verweisen und zu betonen, dass diese im Widerspruch zur Arbeit des Jugendverbandes stehen. Als Beispiel können die ethnopluralistischen Positionen der DES, die Menschen entlang von kulturellen Merkmalen aus der deutschen Gesellschaft ausschließen, aufgegriffen werden. Hierbei geht es weniger darum einen Diskussionsraum zu schaffen, sondern vielmehr eine klare Position zu beziehen. Eine ausweichende Absage, bei der etwa entgegnet wird, dass der Jugendverband zeitlich und ressourcentechnisch ausgelastet ist, könnte nämlich dazu führen, dass die DES auch in Zukunft mit Kooperationsanfragen auf den Jugendverband zugeht. Eine klare Positionierung von Anfang an ist daher zielführender.

Könnte eine Kooperation mit der DES und unserem Jugendverband nicht doch funktionieren, indem wir nur das Geld für das Seminar oder Projekt nehmen und uns zu nichts verpflichten?

Eine Kooperation mit der DES kann ein falsches Signal nach außen transportieren. Auch wenn der eigene Jugendverband nur finanzielle Fördermittel der DES annimmt, kann diese Form der Zusammenarbeit seitens der Stiftung instrumentalisiert werden, da nicht verhindert werden kann, dass die DES von sich aus mit der gemeinsamen Kooperation an die Öffentlichkeit geht oder diese nutzt, um sich als akzeptierter Träger in der Verbandslandschaft zu präsentieren. Schnell wird ein Verband so zu einer Art Feigenblatt für die DES – nicht zuletzt, weil es im Interesse der AfD und AfD-naher Organisationen liegt, in die gesellschaftliche Mitte zu rücken. Jegliche Art der Zusammenarbeit mit der DES kann zur gesellschaftlichen Normalisierung der Stiftung beitragen oder diese zumindest fördern. Dadurch werden rechtspopulistische und nationalistische Positionen gegenüber Dritten als „annehmbar“ vermittelt und im gesellschaftlichen Diskurs normalisiert. Wenn also Jugendverbände einer finanziellen oder anderweitigen Kooperation mit der DES zustimmen, würde dies die gesellschaftliche Anerkennung der DES als Kooperationspartner fördern und dem eigenen Image gleichzeitig schaden. Daher sollten Jugendverbände davon absehen Gelder von der DES anzunehmen, einerseits, um sich selbst zu schützen, andererseits um zu verhindern, dass sich die DES die Kooperation für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zunutze machen kann.

Wie gehen wir damit um, wenn Mitglieder unseres Jugendverbandes an Bildungsangeboten der DES teilnehmen möchten – vielleicht nur aus Neugier oder Interesse für das Thema?

Es kann vorkommen, dass Mitglieder des eigenen Jugendverbandes an politischen Bildungsangeboten der DES teilnehmen oder auf eine andere Art und Weise in Verbindung mit der DES kommen. In diesem Fall ist es sinnvoll das Gespräch mit ihnen zu suchen und in den Austausch zu gehen. Ratsam ist, dass

der Austausch mit eigenen Verbandsmitgliedern nicht mit einer Verurteilung oder Wertung beginnt, sondern zunächst nach der Motivation oder den Hintergründen gefragt wird. Es kann hilfreich sein die Beweggründe der Person zu erfahren, um einschätzen zu können, woher die Neugier oder das Interesse für die DES kommt. Genau dort kann schließlich angesetzt werden, um ein Gespräch zu eröffnen, in dem die eigenen Standpunkte zur AfD und der AfD-nahen Stiftung fundiert wiedergegeben werden. Gleichzeitig kann die Diskussion dafür genutzt werden, um Verbandsmitgliedern zu verdeutlichen, dass ein offener Meinungs austausch dieser Art mit der DES nicht möglich ist. Als Beispiel dafür kann die antiliberal e Gesinnung der AfD-nahen Stiftung aufgegriffen werden, die keine Meinungsvielfalt zulässt und unterschiedliche politische, kulturelle und gesellschaftliche Ansichten ablehnt. Statt einer schnellen Verurteilung von Verbandsmitgliedern geht es also eher darum, das Gespräch zwischen Jugendverband und Verbandsmitgliedern offen zu halten und eine heimliche Teilnahme an stiftungsin- ternen Aktivitäten zu verhindern.

Wie gehen wir damit um, wenn Mitglieder unseres Jugendverbandes zukünftig die Begabtenförderung der DES nutzen möchten? Wie gehen wir damit um, wenn die DES uns beispielsweise bitten würde, besonders talentierte Verantwortliche unseres Verbandes für die Begabtenförderung vorzuschlagen?

Begabtenförderungen in Form von Stipendien stellen für viele Student:innen eine gute Gelegenheit dar, ohne finanzielle Sorgen durch das Studium zu kommen. Stipendien eröffnen jungen Menschen oft auch die Möglichkeit an Bildungsreisen teilzunehmen oder Auslandssemester wahrzunehmen, die ohne die nötige finanzielle Unterstützung nicht möglich wären. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch Jugendverbandsmitglieder zukünftig auf die Fördermöglichkeiten der DES aufmerksam werden oder diese sogar ansprechend finden. Es ist daher sinnvoll, dass Studierenden die Argumente gegen eine Förderung durch die DES aufgezeigt werden, sie aber auch auf andere parteinahe und sonstige Studienstiftungen aufmerksam gemacht werden. Wichtig zu betonen ist dabei, dass sich die DES von den anderen parteinahen Stiftungen deutlich unterscheidet, indem beispielsweise darauf verwiesen wird, dass die DES antidemokratische Positionen innerhalb ihrer Bildungspolitik vertritt und vermittelt. Neben den parteipolitischen Stiftungen gibt es auch konfessionelle Stiftungen, wie das Ernst-Ludwig Ehrlich-Studienwerk e. V., das Cusanuswerk – Bischöfliche Studienförderung, das Evangelische Studienwerk Villigst und das Avicenna-Studienwerk e.V. Hinzu kommen die Stiftung der Deutschen Wirtschaft und die Studienstiftung des deutschen Volkes, die sowohl parteienunabhängig als auch konfessionslos sind und allesamt eine Begabtenförderung anbieten. Auf diese Art und Weise kann das Spektrum an Förderalternativen aufgezeigt werden.

Wenn die DES aus eigener Initiative auf Jugendverbände zugeht, um junge Menschen für ihre Begabtenförderung zu gewinnen, sollte der DES klar gemacht werden, dass die Werte des Jugendverbandes und seiner Mitglieder nicht mit denen der DES übereinstimmen. Auf diese Art und Weise kann verdeutlicht werden, dass die Jugendverbandsmitglieder nicht der Zielgruppe der DES entsprechen und sie daher keine Vorschläge vom Jugendverband erhalten werden.

Üblicherweise haben die politischen Stiftungen Kontaktpersonen im Lehrkörper der Hochschule, z.B. in Form von Vertrauensdozent:innen. Wenn die DES Professor:innen und andere Hochschulangehörige gewinnt, verstärkt das ihre Sichtbarkeit und den politischen Einfluss in der Hochschullandschaft, da diese Kontaktpersonen durch formale und informelle Veranstaltungen und Netzwerke in die Hochschullandschaft hineinwirken. Erste Gruppen von Studierenden und Stipendiat:innen anderer Stiftungen überlegen zu einem Klima beizutragen, das zu einer Art sozialer Ächtung von Hochschulangehörigen führt, die sich in die Nähe der Desiderius-Erasmus-Stiftung begeben oder für sie Aufgaben oder Funktionen übernehmen.

Sollen wir uns als Jugendverband überhaupt mit den Inhalten und Angeboten der DES auseinandersetzen? Ist Ignorieren eine Alternative?

Zwar besteht durchaus die Option die DES und ihre Inhalte zu ignorieren, allerdings verbirgt sich darin auch die Gefahr, dass die Risiken, die von der Arbeit der DES ausgehen, ebenfalls ignoriert werden. Daher erscheint es sinnvoller innerhalb des Verbandes das Thema DES aufzugreifen, die Inhalte kri-

tisch zu durchleuchten und ihre Problematiken klar zu benennen. Gerade in Anbetracht dessen, dass sich die DES als demokratiefördernde Stiftung präsentiert und ihre antidemokratischen Positionen zunächst verschleiert, ist eine Aufklärungsarbeit über die DES auch im Rahmen der Jugendverbände relevant. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der DES, ihren Methoden und Strategien ermöglicht es den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der AfD und der ihr nahestehenden Stiftung zu reflektieren und ihre Wirkung auf junge Menschen einschätzen zu können.

Um nicht nur die DES in den Fokus zu rücken, kann es sinnvoll sein, Themen wie Rassismus, Sexismus, Ableismus o.Ä. innerhalb des Jugendverbandes zunächst unabhängig von der DES aufzugreifen. In der Auseinandersetzung mit den Phänomenbereichen erhalten die Jugendverbandsmitglieder wichtiges Grundlagenwissen und entwickeln gleichzeitig Positionen, die sie dazu befähigen die problematischen Positionen rechter Organisationen wie der DES zu erkennen. In der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ungleichheitsphänomenen, wie Rassismus und Sexismus kann die AfD-nahe Stiftung als Negativbeispiel aufgegriffen werden. Auch so kann vermieden werden, dass entweder der Fokus zu sehr auf der Stiftung liegt oder diese komplett ignoriert wird.

Was machen wir, wenn wir als Jugendverband Publikationen der DES erhalten?

Die DES publiziert in unregelmäßigen Abständen die stiftungseigene Zeitschrift Faktum, die auch in den Briefkästen von Jugendverbänden landen kann. Es gibt mehrere Optionen, wie mit den Publikationen der DES umgegangen werden kann. Einzelne Exemplare können beispielsweise für Aufklärungszwecke aufgehoben und innerhalb des Jugendverbandes kritisch reflektiert werden. Dies stärkt einerseits das Hintergrundwissen über die Stiftung und andererseits können so gesellschaftspolitische Themen wie Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antifeminismus o.Ä. aufgegriffen werden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die zugesendeten Publikationen, Werbematerialien, Broschüren, Flyer o.ä. der DES zurückzuschicken. Dadurch würde die DES ein klares Signal von den Jugendverbänden erhalten, dass die Stiftungsinhalte nicht auf Interesse stoßen. Beide Möglichkeiten schließen sich nicht aus, denn während ein Teil der erhaltenen Publikationen für bildungspolitische Aufklärungszwecke innerhalb des Verbandes aufgehoben werden können, kann der restliche Teil mit einer gewissen Signalkraft an die DES zurückgeschickt werden.

Wie können wir als Jugendverband damit umgehen, wenn die DES uns finanzielle Mittel für verbandliche Aktivitäten oder Projekte anbietet?

Hinter der finanziellen Förderung verbandlicher Aktivitäten und Projekte durch Organisationen wie der DES steckt immer auch ein strategisches Eigeninteresse. Wenn die DES zum Sponsor von Projekten der Jugendverbandsarbeit wird, kann und wird sie auch den Anspruch haben, dass diese Form der Zusammenarbeit nach außen getragen wird. Wenn Jugendverbände in die Annahme finanzieller Mittel durch die DES einwilligen, werden sie auf alle Fälle mit der DES in Verbindung gebracht. Das schadet nicht nur dem Image des Jugendverbandes, sondern trägt auch dazu bei, dass sich die DES in die Jugendverbandslandschaft als Projektförderer etablieren kann. In der Folge würde die DES in gesellschaftlichen Teilbereichen wie der Jugendverbandsarbeit, aber auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext als Projektförderer akzeptiert und allmählich normalisiert werden, indem beispielsweise andere Jugendverbände dem Beispiel folgen und Fördergelder der DES annehmen könnten. Eine solche Zusammenarbeit würde nicht nur die DES normalisieren, sondern auch die ethnopluralistischen, homo- und transfeindlichen, antifeministischen und antidemokratischen Inhalte, für die sie steht.

Sollen wir als Jugendverband an Podiumsdiskussionen teilnehmen, an denen auch die DES teilnimmt?

Eine Demokratie lebt von Meinungsvielfalt, die auch im politischen Streitgespräch beispielsweise auf Podiumsdiskussionen zum Ausdruck kommt. Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei, die am politischen Geschehen etwa im Deutschen Bundestag, in Landtagen und auf kommunaler Ebene mitwirkt. Dieser Logik zufolge könnte es zunächst so erscheinen, als habe die AfD und ihre Stiftung das Anrecht an Podiumsdiskussionen zur politischen Meinungsbildung, beispielsweise im Vorfeld von Wahlen, teilzunehmen. Was die DES allerdings von anderen politischen Stiftungen und was die AfD von anderen politischen Parteien unterscheidet ist ihre antidemokratische Tendenz, die sich beispielswei-

se darin zeigt, dass sie Menschen aufgrund verschiedener Merkmale (sexuelle Orientierung, Migrationsgeschichte o.Ä.) diffamiert. So zielt die Bildungspolitik der DES nicht darauf ab allen Gesellschaftsmitgliedern dieselben Rechte auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Podiumsdiskussionen oder andere Diskussionsrunden, an denen Vertreter:innen von Jugendverbänden teilnehmen, können in unterschiedlichen Kontexten stattfinden und von offiziellen parlamentarischen Terminen wie Anhörungen im Landtag bis hin zu zivilgesellschaftlich organisierten Diskussionsräumen reichen. Wichtig für Jugendverbände ist hierbei abzuwägen, in welchem Zusammenhang die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit der AfD oder der DES sinnvoll sein kann und wann eher nicht.

Wenn Jugendverbände beispielsweise zu einer Anhörung im Landtag o.Ä. eingeladen werden, werden in den meisten Fällen auch AfD-Politiker:innen oder Vertreter:innen der DES anwesend sein. Wenn sich Jugendverbände deswegen quasi automatisch aus dem Diskussionsraum zurückziehen, verlieren sie wichtige Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten. Ggf. bleiben Positionen der AfD oder ihrer Stiftung sogar unwidersprochen oder ihnen wird die Bühne überlassen. Denn häufig ist es aufgrund des parlamentarischen Settings unvermeidlich, dass auch AfD-Akteur:innen teilnehmen oder zumindest anwesend sind.

Bei zivilgesellschaftlich organisierten Podiumsdiskussionen, bei denen neben den Jugendverbänden auch die DES gezielt eingeladen wird, kann eine Teilnahme ein ganz anderes Signal nach außen senden. Die AfD oder ihre Stiftung könnten als legitime Diskussionspartner:innen im demokratischen Diskurs auftreten. Ein klares Statement, dass demokratische Werte, Menschenrechte usw. nicht diskutabel sind, kann am besten gesetzt werden, wenn Jugendverbände ihre Teilnahme an Diskussionen mit der DES verweigern. Hinzu kommt, dass oft gerade derartige halböffentliche Räume eine beliebte Bühne für die AfD und ihnen nahestehende Organisationen sind, um ihre parteipolitischen Ziele in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Auch ist eher davon abzuraten mit dem Ziel die DES zu enttarnen an einer öffentlichen Diskussion unter ihrer Beteiligung teilzunehmen. Denn die AfD und die DES sind in ihrem öffentlichen Auftreten geübt und gehen dabei strategisch vor. Sie treten beispielsweise möglichst demokratisch auf und versuchen ihre Gegner:innen als undemokratisch vorzuführen, weil sie nicht mit ihnen diskutieren wollen. Während es also in bestimmten Kontexten wichtig sein kann, den Diskussionsraum nicht der AfD und ihrer Stiftung zu überlassen, kann es wiederum in anderen Situationen sinnvoll sein, wenn Jugendverbände mit ihrer Diskussionsverweigerung ein klares Statement gegen die AfD und ihre Stiftung setzen.

Wie können wir als Jugendverband damit umgehen, wenn an unserer Veranstaltung auch Vertreter:innen der DES teilnehmen wollen?

Es ist nicht auszuschließen, dass Vertreter:innen der DES auf öffentliche Veranstaltungen der Jugendverbandsarbeit aufmerksam werden und an diesen teilnehmen wollen. Um Besucher:innen der Veranstaltungen bei Bedarf einfacher ausschließen zu können, ist eine Ausschlussklausel bereits in der Einladung empfehlenswert, in der festgehalten wird, dass sich der Veranstalter einen Ausschluss von Personen und Organisationen vorbehält, die antidemokratische, menschenverachtende oder rassistische Inhalte verbreiten. Auch ist es möglich, das Hausrecht in einer Art und Weise auszuüben, dass Anmeldungen aus dem Bereich der AfD und der DES nicht berücksichtigt oder abgelehnt werden.

Wenn DES-Mitglieder an Veranstaltungen teilnehmen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch unangemessene Fragen und Diskussionsbeiträge die Atmosphäre der Veranstaltung gestört oder diese bewusst eine falsche Richtung gelenkt werden soll. Dies kann zu Beschimpfungen beispielsweise anwesender Personen aus Minderheiten führen, so dass bereits das Interesse des Veranstalters die eigenen Gäste vor Beleidigungen und Diskriminierungen zu schützen, einen Ausschluss rechtfertigen kann.

■ Quellen und Tipps zum Weiterlesen

FAQ der Website „Der Stiftungstrick der AfD“ der Bildungsstätte Anne Frank

<https://www.stiftungstrick-der-afd.com/faq/>

Das dazugehörige Manifest der Zivilgesellschaft und politischen Bildung mit dem Titel „KEINE MINUTE WARTEN IM KAMPF GEGEN RECHTS“

https://www.stiftungstrick-der-afd.com/wp-content/uploads/2021/06/210629_Manifest_Zivilgesellschaft.pdf

Kampagne und Aktion der Bildungsstätte Anne Frank und von campact

<https://www.kein-geld-fuer-die-afd.de/> oder

<https://aktion.campact.de/rechtsextremismus/afd-stiftung/teilnehmen>

Erläuterung des Begriffs Ethnopluralismus

<https://www.belltower.news/was-bedeutet-ethnopluralismus-50808/>

Artikel Antifeminismus und Angriffe auf die Gleichstellung

<https://www.belltower.news/demokratie-in-gefahr-antifeminismus-und-angriffe-auf-die-gleichstellung-90551/>

Hinweise auf die politischen Stiftungen auf der Website des Bundesinnenministeriums

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-stiftungen/politische-stiftungen-node.html>

Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung zu Erscheinungsformen der Neuen Rechten

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht>

Interview der Bundeszentrale für politische Bildung mit Richard Stöss über die Neue Rechte

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230733/transkript-zur-neuen-rechten>

Kampagnenseite von campact: Kein Geld für die AfD-Stiftung!

<https://www.campact.de/rechtsextremismus/afd-stiftung/>

Artikel von Richard Stöss auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung über die Neue Rechte

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/229981/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik>

Artikel zu „Politische Stiftungen“ im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202095/politische-stiftungen>

Deutscher Bundestag: Drucksache 19/32513, Antwort auf eine Kleine Anfrage zu Verbindungen, Aktivitäten und Akteurinnen und Akteuren der Desiderius-Erasmus-Stiftung

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/325/1932513.pdf>

Webseite der Desiderius-Erasmus-Stiftung

<https://erasmus-stiftung.de/>

Beitrag im Deutschlandfunk Kultur „Wie neu ist die „Neue Rechte“?“

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/nationalistische-intellektuelle-wie-neu-ist-die-neue-rechte-100.html>

Artikel und Beitrag im Deutschlandfunk „Alte und Neue Rechte: Antiliberal und autoritär“

<https://www.deutschlandfunk.de/alte-und-neue-rechte-antiliberal-und-autoritaer-100.html>

Artikel „Konservative Revolution“ auf „Lebendiges Museum online“

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/konservative-revolution.html>

Studie des Gunda Werner Instituts der Heinrich Böll Stiftung zu „Geschlechterrolle rückwärts. Zum Antifeminismus bei der AfD in Baden-

Württemberg“

<https://www.gwi-boell.de/de/2020/11/11/geschlechterrolle-rueckwaerts-zum-antifeminismus-bei-der-afd-baden-wuerttemberg>

Begriff Antifeminismus im Glossar des IDA e. V.
https://www.idaev.de/recherchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5B%40widge_t_0%5D%5Bcharacter%5D=A&cHash=071ed3130f3f059547772f8744def82c

Begriff Ethnopluralismus im Glossar des IDA e. V.
https://www.idaev.de/recherchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5B%40widet_0%5D%5Bcharacter%5D=E&cHash=70f200aae61f8d0829b5bc623cae3

Verfassungsrechtliche Einschätzung aus dem Frühjahr 2021
<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/afd-desiderius-erasmus-stiftung-verfassung-grundgesetz-finanzierung-politische-bildung-bundesmittel-parteien>

Das Arbeitspapier 51 der Otto-Brenner-Stiftung vom 06.10.2021 zeigt auf, dass die DES ein zentraler Baustein für Versuche der Neuen Rechten werden könnte, in Deutschland Hegemonie im vorpolitischen Raum zu erlangen.
https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP51_DES_Bildung_von_rechtsaussen.pdf

Studie der Otto Brenner Stiftung: „Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen“

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/politische-bildung-von-rechtsaussen/>

Erik Meyer/Claus Leggewie: Politische Bildung in einer polarisierten Gesellschaft: Zur Debatte um die staatliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Policy Paper #4 der Ludwig Börne-Proffur, Justus Liebig-Universität Gießen aus dem September 2021

https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/02_Infoseiten/AP51/PP_Meyer_Leggewie_DES.pdf

Begriffserklärung „Ethnopluralismus“ der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/ethnopluralismus>

Diese Handreichung ist nur für den internen Gebrauch und darf nicht veröffentlicht werden.

Stand: April 2022